

Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres

Neben den wichtigen Themen der europäischen Agenda (Vertrag von Lissabon, Weltfinanzkrise, Präsidentschaft Obamas) war in Spanien in der Zeit zwischen den EU-Gipfeln im Juni 2008 und Juni 2009 vor allen Dingen ein Thema von größter Bedeutung: der Einbruch der spanischen Wirtschaft und die Reaktion der Regierung auf die Rezession, die in Spanien im Juni 2008 begann. Laut den optimistischsten Prognosen wird Spanien im Gegensatz zu den Wirtschaftsgrößen der EU diese Rezession frühestens Mitte 2010 überwinden. Das Bruttoinlandsprodukt fiel zwischen Juni 2008 und Juli 2009 um 4,2%. Dies ist der größte Rückgang in den letzten vier Jahrzehnten. Die Arbeitslosenquote lag Mitte 2007 bei 8% und stieg im April 2009 auf 18%. Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist der Ansicht, dass man Anfang 2010¹ mit einem weiteren Anstieg auf 20% rechnen müsse. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten war Spanien stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen. Zurückzuführen ist das vor allem auf die Schwäche der Bauwirtschaft, die mehr als 15% des spanischen Bruttoinlandsprodukts ausmachte, sowie auf den Rückgang im Tourismus mit einem Verlust von 9,9%. Gleichzeitig sanken die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 1%, was auf eine Deflation in Spanien hindeutet.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung José Luis Zapateros bestanden in der Mobilisierung öffentlicher Mittel, um so das Beschäftigungswachstum wieder anzukurbeln. Der Plan zur Anregung der Wirtschaft und der Beschäftigung (Plan E)² bestand in der Förderung der Sektoren, die von der Krise am meisten betroffen waren (kleine und mittelständische Unternehmen, Automobilindustrie und die Bauwirtschaft) und in der Finanzierung und sofortigen Durchführung neuer Projekte der Stadtverwaltungen, um so 278.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein weiteres großes Thema sind die Erwartungen, die in Spanien durch die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der Vereinigten Staaten geweckt wurden. Zwischen Bush und Zapatero hatten keine bilateralen Treffen stattgefunden. Im Gegensatz dazu traf sich Obama nach nur wenigen Wochen anlässlich des Gipfels der Vereinigten Staaten mit der EU Anfang April 2009³ in Prag mit José Luis Rodríguez Zapatero. Sollte sich der Besuch Zapateros in Washington im zweiten Halbjahr 2009⁴ und der Besuch des amerikanischen Präsidenten 2010, der auf ausdrücklichen Wunsch Obamas wahrscheinlich in Barcelona stattfinden wird, realisieren, kann wieder von Normalität in den Beziehungen beider Staaten gesprochen werden.

Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa's Office.

1 „Dos años de crisis y paro“, El País, 30. September 2009.

2 <http://www.plane.gob.es/que-es-el-plan-e/>.

3 „Zapatero ofrece todo su apoyo a Obama“, El País, 6. April 2009.

Weltfinanzkrise: Europäische Maßnahmen und Vorschläge der G-20

Die spanische Wirtschaft wurde im Vergleich zu den übrigen europäischen Volkswirtschaften mit am stärksten durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise getroffen, vor allem durch den Rückgang der Beschäftigung. Angesichts dieser Situation setzte sich die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros auf europäischem und internationalem Niveau zwei konkrete Ziele: die koordinierte Durchführung der Maßnahmen für eine schnelle Erholung der spanischen Volkswirtschaft und die Verbesserung der Finanzaufsicht, die bei den darauffolgenden Europäischen Räten beschlossen wurde. Hinzu kam die Teilnahme Spaniens an der G-20, um an einer neuen internationalen Finanzordnung mitzuwirken.

Der europäische Bankenrettungsplan, den der EU-Gipfel im Dezember 2008 beschlossen hatte, sieht die Koordination nationaler (in Spanien der bereits erwähnte Plan zur Anregung von Wirtschaft und Beschäftigung) und europäischer Maßnahmen vor. Spanien unterstützte alle Maßnahmen, die bei den Treffen des EU-Gipfels vorgelegt wurden. Sie hatten u.a. das Ziel, die Liquidität des Finanzsystems zu garantieren, die Banken zu rekapitalisieren (Oktober 2008), Steueranreize zur Steigerung der Nachfrage (Dezember 2008) zu schaffen, den Umgang mit dem Banken-Giftmüll (März 2009) zu definieren und ein neues System der Rating-Agenturen zu beschließen (Juni 2009). Außerdem sah es die spanische Regierung als unverzichtbar an, eine EU-Finanzaufsicht zu schaffen. Deshalb unterstützte Spanien die Vorschläge im Bericht Larosière vorbehaltlos, die anschließend vom EU-Gipfel im Juni 2009 übernommen wurden: Schaffung zweier Aufsichtsmechanismen, dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken zur Überwachung der Finanzstabilität und die europäische Finanzaufsicht zur Überwachung des Bank- und Versicherungswesens und von Wertpapieren.

Für die spanische Regierung war die fehlende Teilnahme Spaniens an den Weltwirtschaftsforen ein Missestand, dessen Ursachen mehr im Isolationismus des 20. Jahrhunderts als in der spanischer Wirtschaftskraft lagen. Spanien lag gemessen an den Zahlen des Bruttoinlandsprodukts 2007 weltweit auf Platz acht noch vor Italien. Dank dem Vorstoß Gordon Browns bei George Bush, aber vor allem durch die Unterstützung Nicolas Sarkozys, war Spanien bei allen G-20 Gipfeln anwesend, seit im November 2008 die Debatte zur Reform des internationalen Finanzsystems begann. Frankreich überließ Spanien beim Gipfel am 15. November 2008 in Washington einen seiner beiden Sitze (sie standen Frankreich als Mitglied des G-20 und als Inhaber der halbjährlichen Präsidentschaft in der EU zu). Die anschließende Teilnahme am Treffen in London am 2. April und die Aufnahme in den Finanzstabilitätsfonds bedeuteten eine stufenweise Konsolidierung der Anwesenheit Spaniens bei der G-20. Spanien lehnte in diesem Forum jeden Protektionismus ab und warb für die Multilateralisierung der Wirtschaftspolitik, um so Vertrauen zurückzugewinnen. In diesem Sinne arbeitete die spanische Regierung zusammen mit den weiteren Mitgliedstaaten der G-20 an einer gemeinsamen Haltung der EU, um so eine starke Rolle bei der Reform des Finanzsystems zu erreichen.

Schließlich muss noch die französisch-spanische Zusammenarbeit hervorgehoben werden, sowohl bei der G-20, als auch bei der gegenseitigen Unterstützung während der französischen Ratspräsidentschaft der EU im zweiten Halbjahr 2008 und den Vorbereitungen zur spanischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010. Abgesehen von der Koordinierung so wichtiger Vorstöße wie der Wahl Barcelonas zum Sitz des ständigen Sekretariats der Mittelmeerunion oder des Pakts zu Einwanderung und Asyl, zeichneten sich Frank-

reich und Spanien vor allem durch eine hervorragende Zusammenarbeit während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Dies zeigt die Vereinbarung zwischen Zapatero und Sarkozy beim XXI. Französisch-Spanischen Gipfel im April 2009 in Madrid: Während der spanischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 soll eine europäische Wirtschaftsregierung vorgeschlagen werden.

Debatte um die Rolle Spaniens in der EU

Im vergangenen Jahr entstand eine lebhaftige Debatte zwischen spanischen und europäischen Analysten und Practitioners über das Gewicht Spaniens innerhalb der EU. Bereits Anfang der 1990er Jahre sprach man in Bezug auf Spanien von einem „Marginalisierungssyndrom“. Im Rahmen einer EU mit 27 Mitgliedstaaten musste Spanien seine Allianzen neu definieren und sich einen eigenen Raum schaffen. Spanien ist kein armes Land mehr, es ist aber auch nicht reich; Spanien ist kein Gründungsmitglied, wurde aber auch nicht als einer der letzten Staaten in die EU aufgenommen. Spanien ist weder ein großer, noch ein kleiner EU-Staat. Charles Grant, Direktor des britischen Think Tanks Centre for European Reform bestätigt in einem Artikel, dass, „auch wenn es sich um einen der „pro-europäischsten“ Mitgliedstaaten handelt, er derjenige ist, der unter den sechs größten Ländern über den geringsten Einfluss verfügt“⁴. Die Reaktion des spanischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit ließ nicht auf sich warten. Der Staatssekretär für die Europäische Union, Diego López Garrido, widerlegte diese Aussage, indem er verschiedene Erfolge der spanischen Politik anführte, wie den Impuls zum Europäischen Plan für Einwanderung und Asyl, die Wahl der Stadt Barcelona als ständigen Sitz der Mittelmeerunion und die positive Nettobilanz in der finanziellen Vorausschau 2007-2013.⁵

Andere Analysten warfen Zapatero ein fehlendes Interesse an internationalen Angelegenheiten vor. Obwohl man zu Beginn der zweiten Legislaturperiode davon ausging, dass die Außenpolitik wichtigstes Thema der Regierungsagenda sein würde, musste der Ministerpräsident seine ganze Aufmerksamkeit der Finanzkrise widmen. Auch José María de Areilza und José Ignacio Torreblanca kritisierten „das Fehlen eines klaren und geordneten Gesamtkonzepts“ von Rodríguez Zapatero im Hinblick auf die europäische Agenda. Sie empfahlen ihm, „Nischen zu suchen und nur wenige Themen anzuschneiden“, um tatsächlich Einfluss in der EU der 27 Staaten ausüben zu können.⁶ Die Antwort der Regierung kam durch Minister Miguel Ángel Moratinos, der in der Zeitschrift *Política Exterior* die pro-europäische Haltung Spaniens verteidigte, die auf dem Dialog mit weiteren Mitgliedstaaten basiert, ohne dabei die eigenen nationalen Interessen außer Acht zu lassen.⁷ Laut Moratinos war ein Beispiel des „Europäismus“ der sozialistischen Regierung das Akzeptieren des Verfassungsvertrags, den José María Aznar blockiert hatte.

Wie die Zeitschrift *The Economist* schreibt, löst Europa nicht länger automatisch die Probleme Spaniens.⁸ Einerseits nimmt die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros aufgrund der wirtschaftlichen Stärke Spaniens das ihr zustehende Recht auf einen Sitz bei der

4 Grant, Charles: „¿Por qué pesa poco España?“, ABC, 8. Mai 2009.

5 López Garrido, Diego: „¿La insoportable levedad de España?“, ABC, 23. Mai 2009.

6 Areilza, José María de/Torreblanca, José Ignacio: „Diagnóstico diferencial, política exterior“, Foreign Policy Edición Española, Nr. 33, Juni-Juli 2009, Madrid S. 28-36.

7 Moratinos, Miguel Ángel: „Diagnosis y política exterior“, *Política Exterior*, Nr. 131, September-Oktober 2009, S. 83-96.

8 „The perils of parochialism“, *The Economist*, 6. November 2008.

G-20 in Anspruch und möchte nicht nur durch die Europäische Kommission, die einen ständigen Sitz in diesem Forum innehat, vertreten werden. Andererseits distanzierte sich Spanien von der europäischen Position der Anerkennung des neuen Staates Kosovo und zog einseitig seine Truppen aus der NATO-Mission im Kosovo zurück. Während der ersten zwanzig Jahre als Mitglied der Europäischen Union unterstützte Spanien die wichtigsten Maßnahmen auf europäischer Ebene vorbehaltlos. Inzwischen drängt Spanien auf eine eigene Stimme, denn die Europäische Union der 27 Mitgliedstaaten vertritt nur wenige Interessen Spaniens. Spanien sucht nun seinen eigenen Platz in der Welt, z.B. mit Initiativen wie der Allianz der Zivilisationen im Rahmen der Vereinten Nationen oder durch die Teilnahme an der G-20. Gleichzeitig muss es aber seine Rolle innerhalb der EU als Nettobeitragszahler ab 2013 neu definieren, indem es neue Partner unter den osteuropäischen Staaten sucht.

Auswärtige Angelegenheiten: Verteidigung eines eigenen Raumes

Spanien sah seine Interessen in den Mittelmeerregionen und Lateinamerika seit jeher durch die Europäische Union vertreten. Allerdings suchte Spanien in den letzten Jahren einen eigenen Weg. In der Mittelmeerregion konnte Spanien seine Führungsrolle innerhalb der EU im Rahmen des Projekts der Mittelmeerunion zurückerobern. In den Beziehungen zu Lateinamerika vertritt Spanien immer häufiger eine eigene Position. Der Staatsstreich in Honduras und das Stocken der Vermittlungsversuche sind ein Beispiel für das fehlende Interesse Europas an dieser Region. Auch die Bemühungen Spaniens, im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor allem Initiativen gegen die Piraterie vor Somalia voranzutreiben, zeigen, dass das Land die Initiative in einem Bereich ergreift, der in direktem Zusammenhang mit seinen Fischereirechten steht.

Auch die Beziehungen der Europäischen Union mit den Ländern der Mittelmeerregion spielten eine besondere Rolle. Spanien nahm am Gipfel von Paris am 13. Juli 2008 mit dem Ziel teil, die Gründung einer Mittelmeerunion voll zu unterstützen, die sich nach einigem Druck „wiedereuropäisiert“ und mit dem Prozess von Barcelona einverstanden erklärt hatte. Außerdem nutzte Spanien diesen Gipfel, um formal die Benennung Barcelonas als ständiges Sekretariat zu beantragen. Die euro-mediterrane Lage dieser Stadt, die gemeinsame Anstrengung verschiedener Verwaltungsapparate (Zentralregierung, Regierung von Katalonien und Stadtverwaltung Barcelona) sowie das Fehlen anderer Kandidaten (Tunis, Malta, Marseille) machten den Weg für die katalonische Hauptstadt bei dem Ministertreffen im November 2008 frei.⁹ Mit dieser Entscheidung wurde klar, dass die Mittelmeerunion ein Projekt war, dass auf den Prozess von Barcelona aufbaute und es Spanien ermöglichte, in den Angelegenheiten des Mittelmeers wieder eine führende Rolle zu übernehmen, die es seit 2007 an Frankreich abgetreten hatte. Allerdings lähmte die Gaza-Krise von Ende Dezember 2008 bis April 2009 die Entwicklung der Mittelmeerunion und somit auch des Sekretariats.

Der Staatsstreich in Honduras am 28. Juni 2009 zeigte wieder einmal, wie viel Einfluss Spanien innerhalb der EU verloren hatte. Die spanische Regierung verurteilte die Verhaftung und Ausweisung von Präsident Manuel Zelaya aufs schärfste und unterstützte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Dialog zur Wiedereinführung der demokratischen Institutionen. Auf europäischer Ebene schlug Spanien den Abzug aller Bot-

⁹ „La conjura por Barcelona (I) und (II)“, El País, 9. und 10. November 2008.

schafter vor, scheiterte jedoch an den übrigen Mitgliedstaaten. Schließlich riefen lediglich Spanien, Frankreich und Italien ihre Botschafter zurück, während die anderen europäischen Mitgliedstaaten der Option zustimmten, den Kontakt mit den neuen Machthabern über das unbedingt Notwendige hinaus zu vermeiden.¹⁰ Schließlich beschloss die EU nach den USA, der Weltbank und der BID (Business Initiative Directions) die Entwicklungshilfe für Honduras im Zeitraum von 2007-2010 einzufrieren und die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika auszusetzen. Die EU spielt im Gegensatz zu dem Einfluss, den sie in den 1980er Jahren innehatte (Führungsrolle im Abkommen von San José, das den zentralamerikanischen Staaten mehr Demokratie bringen sollte), nur eine unbedeutende Rolle bei der Suche nach einer Lösung in der Honduraskrise. Die OAS übt hingegen über eine Kommission aus Vertretern elf lateinamerikanischer Staaten und Spaniens Druck aus, um einen Dialog zu beginnen und über Verhandlungen zu einer Lösung zu gelangen.

Schließlich muss hier noch die Piraterie vor Somalia erwähnt werden, die der spanischen Fischerei vor den afrikanischen Küsten des Indischen Ozeans sehr großen Schaden zugefügt hat. Die spanische wie die französische Regierung übernahmen gemeinsam die europäische Initiative in dieser Angelegenheit und trieben die erste Seemission der EU, die EUNAVFOR Somalia (Operation Atalanta) voran. Verteidigungsministerin Carme Chacón rechtfertigte vor dem spanischen Parlament die Notwendigkeit dieser Mission aus Gründen der nationalen Sicherheit – es stehen große geostrategische und wirtschaftliche Ziele für Spanien auf dem Spiel –, aber auch mit Blick auf die globale Sicherheit, denn ein gescheiteter Staat wie Somalia kann die Weltgemeinschaft gefährden.¹¹ Spanien hat in der Europäischen Union eine Verbündete zur Verteidigung der Interessen seiner Fischereiu-nternehmungen gefunden.

Zu den Institutionen: Vertrag von Lissabon, Europawahlen und spanische Präsidentschaft der EU

Das „Nein“ Irlands zum Vertrag von Lissabon im Juni 2008 sorgte nicht nur in Spanien, sondern auch in der gesamten EU für Verwirrung. Spanien hatte dem Referendum zum Verfassungsvertrag zugestimmt und nach dem französischen und niederländischen „Nein“ den Vertrag von Lissabon, der die wichtigsten Teile des Verfassungsentwurfs übernimmt, unterstützt. Bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon wollte die Regierung nicht mehr „die erste in Europa“¹² sein und sprach sich dafür aus, ihm auf parlamentarischem Weg zu Beginn der zweiten Legislaturperiode zuzustimmen, nachdem Irland sich bereits dagegen ausgesprochen hatte. Die Verteidigung des Vertrags von Lissabon durch die spanische Regierung führte zur Annahme der Forderungen Irlands beim EU-Gipfel im Dezember 2008 (Rückkehr zu einem Kommissar für jeden Mitgliedstaat, rechtliche Garantien zur militärischen Neutralität, Aufrechterhaltung der Finanzautonomie und Selbstbestimmungsrecht beim Thema Abtreibung).

10 Ayuso, Anna: „Viéndolas venir: ¿Podría la UE haber hecho más por evitar la crisis en Honduras?“, Opinión CIDOB, 31. Juli 2009, <http://www.cidob.org>.

11 „Solicitud de autorización del Congreso de los Diputados para la participación de un contingente militar español en la Operación Atalanta de la Unión Europea para luchar contra la piratería en aguas de Somalia“, Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, Plenarsitzung, IX. Legislatur, Nr. 54, 21. Januar 2009.

12 Das Motto der spanischen Regierung während der Kampagne für das Referendum zur Europäischen Verfassung war „die ersten in Europa“.

Obwohl Charles Grant anmerkt, dass der „Europäismus“ bei den Eliten und der spanischen Gesellschaft zweifellos vorhanden ist,¹³ entsprachen das Interesse und die Beteiligung der Spanier an den Europawahlen am 7. Juni 2009 dem europäischen Durchschnitt. Die Wahlbeteiligung lag bei 46%, ähnlich wie 2004. Als Sieger der Wahl ging die Partido Popular (PP) hervor, die sich derzeit auf Landesebene in der Opposition befindet. Von den 50 Sitzen, die laut dem Vertrag von Nizza zu verteilen waren, erhielt die PP 23 und die Partido Socialista Obrero Español (PSOE) 21 Sitze. Die übrigen 6 Sitze verteilten sich auf die Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya Verds, mehrere nationalistische Parteien, die ein Wahlbündnis geschlossen hatten, und eine neue Partei, die Union Progreso y Democracia. Der klare Sieg der PP wurde als Missfallensbezeugung der Wähler bezüglich der Wirtschaftspolitik der Regierung im Kampf gegen die Krise angesehen. Die PP strebt eine Regierungsübernahme für die kommenden Wahlen 2012 an. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Europawahlen mehr durch die Innenpolitik als die Europapolitik beeinflusst werden, ist die Wahl der Spitzenkandidaten der Listen. Hier heben sich besonders erfahrene Innenpolitiker hervor, die jedoch keine Experten für EU-Politik sind.¹⁴ So führte z.B. ein ehemaliger Justizminister der PSOE die Liste an, für die PP (Partido Popular) stand ein ehemaliger Innenminister an der Spitze. Zudem sieht der Vertrag von Lissabon eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten für Spanien um vier Sitze vor. Der aktuelle Vertrag von Nizza sieht fünfzig Sitze vor. Diese vier neuen Europa-Abgeordneten werden laut Beschluss des EU-Rats von Dezember 2008 nach Inkrafttreten des neuen Vertrags und der Durchführung der erforderlichen Übergangsmaßnahmen ihre Sitze erhalten.

Nach den EU-Parlamentswahlen im Juni 2009 und nachdem die Vorschläge der EU zur Besetzung der Ämter vorlagen, wurde ersichtlich, dass kein Spanier für wichtige Ämter, wie das des Präsidenten der Europäischen Kommission, des Ständigen EU-Ratspräsidenten oder des Hohen Vertreters für Außenpolitik vorgeschlagen wurde. Nach dem Besuch des Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso in Madrid im November 2008 teilte Ministerpräsident Rodríguez Zapatero öffentlich mit, Barroso bei seiner Wiederwahl zu unterstützen. Diese etwas vorschnelle Aussage erklärt sich durch die Taktik Zapateros, seinerseits Unterstützung für die Teilnahme an der G-20 zu erhalten.¹⁵ Später wurde diese Spanisch-Portugiesische Allianz, die sowohl durch die Regierung als auch durch das Parlament unterstützt wurde, für alle deutlich, denn die sozialistischen EU-Abgeordneten Spaniens sprachen sich am 17. September 2009 mehrheitlich für die Kandidatur Barrosos aus und distanzieren sich so von der Empfehlung der sozialdemokratischen Partei Europas. Im Hinblick auf die EU-Kommissare war es der Wunsch der spanischen Regierung, Joaquín Almunia weiterhin als EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung zu sehen. Der einzige Stolperstein war Javier Solana als „Mr. GASP“, der wieder zum Hohen Vertreter der EU-Außen- und Sicherheitspolitik ernannt werden sollte. Allerdings teilte Javier Solana einer spanischen Zeitung in einem Interview mit, dass er dieses Mandat im Oktober 2009 nach zehn Jahren als offizieller Vertreter der GASP niederlegen möchte.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird den Kontext der spanischen Ratspräsidentschaft in der EU verändern. Wenn Irland, Tschechien und Polen den Vertrag ratifi-

13 Grant, Charles: „¿Por qué pesa poco España?“, ABC, 8. Mai 2009.

14 Molina, Ignacio: European Issues from a Spanish Perspective: Contribution to EU-27 Watch n°8, EU-CONSENT, März 2009, www.eu-consent.net.

15 Molina, Ignacio: European Issues from a Spanish Perspective: Contribution to EU-27 Watch n°8, EU-CONSENT, März 2009, www.eu-consent.net.

zieren, ist Spanien ab Januar 2010 für dessen Einführung verantwortlich. Obwohl die halbjährlichen Präsidentschaften durch die Schaffung des Amtes eines EU-Ratspräsidenten an Bedeutung verlieren werden, kann die spanische Präsidentschaft dennoch eine Agenda eigener Prägung schaffen. Zudem ist Spanien dem Vertrag von Lissabon zuvorgekommen und entwickelte gemeinsam mit Belgien und Ungarn ein Programm für eine Trio-Präsidentschaft von Januar 2010 bis Juni 2011.

Die spanische Agenda zur Präsidentschaft enthält keine Überraschungen und besitzt drei prioritäre Handlungsfelder. Erstens soll die Wirtschaftskrise durch den Impuls eines neuen Wirtschaftsmodells gestoppt werden, um Europa im globalen Wettbewerb an die Spitze zu führen. Im Bereich Bildung sollen besondere Akzente gesetzt, Fortschritte in Forschung, Entwicklung und technologischer Innovation (spanischer Plan I+D+i) erreicht und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze (Strategie von Lissabon post-2010) geschaffen werden. An zweiter Stelle steht die erneute Bekräftigung eines sozialen Europas sowie eines Europas der Bürgerrechte mit konkreten Zielen wie der Weiterentwicklung des europäischen Einwanderungs- und Asylpakts und die Schaffung des europäischen Rechtsraums. An dritter Stelle steht die Außenpolitik der EU in einer immer multipolareren Welt. Hier möchte man während der spanischen Präsidentschaft die euro-amerikanischen Beziehungen (Gipfel mit den USA, Kanada und Mexiko, bi-regionaler Gipfel EU-Lateinamerika und Karibik), ebenso wie die euro-mediterranen Beziehungen (zweiter Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Mittelmeerraums, Gipfel mit Marokko, Impuls für die Wiederaufnahme des politischen Prozesses im Nahen Osten) und die Beziehungen zu zwei so wichtigen Staaten wie Russland und Japan stärken. Die Neuerungen durch die spanische Präsidentschaft ruhen auf zwei elementaren Säulen, die das Halbjahr dominieren werden: Innovation im technischen, wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Bereich im weitesten Sinne. Hinzu kommt die Gleichheit als treibende Kraft sowie die Gleichstellung der Geschlechter und Chancengleichheit, die Solidarität unter sozialen Gruppen, aber auch die Gleichheit der Regionen über Entwicklungszusammenarbeit.¹⁶

Der Wille Spaniens, wieder seinen „Europäismus“ und seine Entschlossenheit in der vierten spanischen Ratspräsidentschaft unter Beweis zu stellen, könnte unter der inneren Schwäche der Regierung Zapateros leiden, die in der heftigen Wirtschaftskrise Spaniens begründet ist. Die Haushaltskürzungen des Außenministeriums zur Vorbereitung der Präsidentschaft und diverse Koordinationsschwierigkeiten bei den Partnern Ungarn und Belgien, die im ersten Halbjahr zusammen mit Spanien das Präsidententrio bilden werden, könnten den Erfolg des spanischen Halbjahrs beeinträchtigen. Für die spanische Regierung ist diese EU-Präsidentschaft eine besondere Herausforderung auf nationaler und internationaler Ebene. Einerseits vertraut Zapatero darauf, dass ein Erfolg in der Europäischen Union den Popularitätsverlust seiner Regierung, die durch die Wirtschaftskrise an Ansehen verlor, wieder wettmachen kann, andererseits verfügt Spanien durch diese Präsidentschaft über die Möglichkeit, in die erste internationale Garde aufzurücken und die Integration Europas voranzutreiben. Zwei ehrgeizige Ziele: Sie werden die Richtung der spanischen Politik in den kommenden Jahren prägen.

16 „Discurso y posterior coloquio del Presidente del Gobierno para presentar los objetivos de la Presidencia española de la Unión Europea en un acto organizado por la Asociación de Periodistas Europeos“, Madrid, 12. Februar 2009.

Weiterführende Literatur

- Areilza, José María de/Torreblanca, José Ignacio: „Diagnóstico diferencial, política exterior“, Foreign Policy Edición Española, Nr. 33, Juni-Juli 2009, Madrid, S. 28-36.
- Barbé, Esther/Soler i Lecha, Eduard: „What role for Spain in the Union for the Mediterranean? Europeanising through Continuity and Adaptation?“, Hellenic Studies, Band 17, Nr. 2 (im Druck).
- Cusí, Paula: „La politique méditerranéenne de l'Espagne face à l'Union pour la Méditerranée“, Union pour la Méditerranée, un an après, 2009, <http://www.affaires-strategiques.info>.
- Duran i Lleida, Josep A.: „Reflexiones sobre dos décadas de política exterior española“, Anuario Internacional CIDOB 2009, Barcelona: Fundació CIDOB, S. 325-335.
- Molina, Ignacio/Sorroza, Alicia: „European Issues from a Spanish Perspective: Contribution to EU-27 Watch nº7“, Análisis del Real Instituto, Nr. 147/2008, Real Instituto Elcano.
- Moratinos, Miguel Ángel: „Diagnosis y política exterior“, Política Exterior, Nr. 131, September-Oktober 2009, S. 83-96.